



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 6. Dezember 2021

Der Kantonsrat hat einem Gesetz in der Schlussabstimmung mit 87 zu 71 Stimmen zugestimmt, mit dem auch den öffentlich-rechtlichen Kitas (wie den privaten) die Ausfälle entschädigt werden sollen, die in der Zeit der ersten Welle der Corona-Pandemie entstanden sind ([5762](#)). Ob das Gesetz auch tatsächlich umgesetzt werden kann, ist jedoch noch offen. Die für ein dringliches Inkrafttreten nötige Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder wurde verfehlt. Von den 150 Anwesenden stimmten lediglich 79 Kantonsrätinnen und Kantonsräte für die Dringlichkeit. Der vom Regierungsrat vorgegebene Fahrplan hätte vorgesehen, dass das Gesetz spätestens am 27. Dezember 2021 hätte in Kraft treten sollen. Die Kitas hätten dann bis zum 31. Januar 2022 Zeit gehabt, um Gesuche beim Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) einzureichen. Und das AJB wiederum hätte fünf Monate Zeit gehabt, um die Gesuche zu prüfen und bis am 30. Juni 2022 beim Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) einzureichen. Mit der Verweigerung der Dringlichkeit läuft nun aber nach der amtlichen Veröffentlichung des Kantonsratsbeschlusses eine 60-tägige Frist in der das Referendum ergriffen werden kann – also bis ca. Mitte Februar.

Der Kantonsrat hat mit 77 Stimmen einen neuen Präsidenten des Steuerrekursgerichts gewählt ([KR-Nr. 406/2021](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Objektkredites für den Bau eines Schwemmholzurückhaltes an der Sihl oberhalb Langnau am Albis diskussionslos genehmigt ([5149](#)).

Der Kantonsrat hat mit 154 Stimmen einen Nachtragskredit und einen Zusatzkredit für den Zürcher Verkehrsverbund ZVV genehmigt ([5557](#)). Mit dem Geld sollen Corona-Ausfälle ausgeglichen werden. Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen zur Lösung der Ausgabenbremse wurde problemlos erreicht.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative über die bei der Justizdirektion verwendeten Personendaten mit 0 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 274/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative, mit der eine Verlängerung der Glattalbahn mit neuer Linienführung von Kloten nach Bassersdorf verlangt wurde, mit 0 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 293/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative, mit der eine Verlängerung der Glattalbahn mit neuer Linienführung von Kloten nach Bassersdorf verlangt wurde, mit 0 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 294/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative, mit der die Einreichung einer Standesinitiative betreffend Strafgesetzbuch gefordert wurde, mit 0 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 307/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen abgelehnt, mit der per Standesinitiative die Präambel der Bundesverfassung hätte geändert werden sollen ([KR-Nr. 333/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative, mit der eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes gefordert wurde, mit 0 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 347/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP diskussionslos abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass Sozialdetektive auf GPS-Tracker zurückgreifen dürfen sollen ([KR-Nr 368/2018](#)).

Wer im Kanton Zürich Polizist oder Polizistin werden will, muss schon bei Beginn der Ausbildung eingebürgert sein – nicht erst bei der Vereidigung. Der Kantonsrat hat mit 93 zu 73 Stimmen bei 3 Enthaltungen in erster Lesung einer entsprechenden Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes zugestimmt, die durch eine parlamentarische Initiative der SVP angeregt wurde ([KR-Nr. 390/2020](#)).

Der Kantonsrat hat eine Motion von SP, GLP, Grünen, EVP und AL mit 84 zu 83 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen mit der unter anderem gefordert wird, dass sich Gemeinden für ihr Sozialwesen zusammenschliessen können ([KR-Nr. 376/2020](#)). Dies soll die Sozialhilfe professionalisieren.

Ein Postulat von Grünen und GLP, mit dem mehr Schwerverkehrskontrollen im Kanton Zürich gefordert wurden, hat der Kantonsrat mit 88 zu 76 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 460/2020](#)).

Der Kantonsrat hat mit 88 zu 76 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Postulat von SVP, EVP und EDU abgelehnt, mit dem gefordert wurde, dass die Kantonspolizei in ausserordentlichen Lagen und bei Grossereignissen die zentrale Führung der verfügbaren Polizeikräfte übernehmen soll ([KR-Nr. 235/2021](#)).

(nic./sda)